

Ein Denkkzettel für Alain Berset

Parlament weist Vorlage für ein Werbeverbot für Tabakprodukte an den Bundesrat zurück

Bern. Das Parlament hat das Bundesgesetz über Tabakprodukte an den Bundesrat zurückgewiesen. Auch der Nationalrat will nichts wissen von einem Werbeverbot. Die freie Marktwirtschaft sei höher zu gewichten als die Prävention. Mit 101 zu 75 Stimmen bei 14 Enthaltungen folgte die grosse Kammer gestern dem Ständerat, der die Vorlage in der Sommersession zurückgewiesen hatte. Die Mehrheit von SVP, FDP und CVP brachte das Gesetz zu Fall.

Die nationalrätliche Gesundheitskommission hatte dafür plädiert, das Gesetz zu beraten und allenfalls Änderungen anzubringen, wie das auch Bundesrat Alain Berset (SP) forderte. Doch dieser erhielt nur vom linken Lager sowie der BDP und GLP Unterstützung. Nun muss der Bundesrat über die Bücher. Das Parlament verlangt eine neue Vorlage, die nur unbestrittene Elemente der geltenden Tabakverordnung wie den Kinder- und Jugendschutz umfasst.

Von Einschränkungen der Werbung im Kino oder auf Plakaten, der Verkaufsförderung und des Sponsorings

wollen National- und Ständerat nichts wissen. Zu verzichten sei insbesondere auch auf die Meldung der Werbe- und Marketingaufwendungen.

«Angriff auf die Marktwirtschaft»

Bürgerliche Nationalräte warnten vor einem «Angriff auf die freie Marktwirtschaft». Es sei nicht erwiesen, dass Werbeverbote einen Rückgang des Rauchens bewirkten. Bruno Pezzatti (FDP, ZG) sprach von einer «Bevormundung von Erwachsenen», die über das Ziel hinausschiess. Auch sei nicht einzusehen, wieso für nikotinhaltige E-Zigaretten oder Snus die gleichen strengen Regeln gelten sollten wie für herkömmliche Zigaretten, die schädlicher seien.

«Das vorliegende Gesetz ist übertrieben, unnötig und interventionistisch», fasste Raymond Clottu (SVP, NE) zusammen. Die erwachsene Bevölkerung sei selbst für die Gesundheit verantwortlich. Eine Minderheit hingegen erachtete den Gesetzesentwurf als brauchbare Basis für die Detailberatung. «Wir möchten das Gesetz beraten und allenfalls Änderungen anbringen,

etwa bei den geplanten Werbeverböten», sagte Lorenz Hess (BDP, BE). Die Rückweisung sei mit einem zu grossen Zeitverlust verbunden, gab Alain Berset zu bedenken. Bis 2021 brauche es ein neues Gesetz, da die heutigen Regeln nur bis dann gälten. Mit dem Entscheid verliere man «mindestens zwei Jahre».

«Das ist schizophren»

Mit dieser dürften die Linken noch weniger zufrieden sein als heute. Sie stehen für ein flächendeckendes Werbeverbot ein. «Hohe Gesundheitskosten beklagen und auf der anderen Seite Werbung von gesundheitsschädlichen Produkten erlauben, ist schizophren», sagte Bea Heim (SP, SO) an die Adresse der Gegner. Christine Häslar (Grüne, BE) zitierte Studien, wonach die Mehrheit der Bevölkerung einem Tabakverbot zustimmen würde. Mehr als die Hälfte der Befragten wünsche sich sogar, dass es gar keine Werbung mehr gebe für Tabakprodukte.

Nicht umstritten ist das schweizerische Verbot des Verkaufs von Zigaretten an Minderjährige. Eine Mehrheit hielt fest,

diese Massnahme zum Schutz von Kindern und Jugendlichen begrüsse sie ausdrücklich. Hierzu müsse für Testkäufe eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. Auch ein Verbot von speziell an Minderjährige gerichtete Werbung hält eine Mehrheit für sinnvoll. Gesundheitsminister Berset sagte bei der Präsentation der Vorschläge, Werbung habe besonders auf Jugendliche einen grossen Einfluss. Gemäss einer deutschen Studie steige das Risiko, dass Jugendliche zu rauchen beginnen, um 46 Prozent, wenn sie Tabakwerbung ausgesetzt sind.

Heute gilt ein Werbeverbot für Tabak in Radio und Fernsehen. Auch Tabakwerbung, die sich explizit an Minderjährige richtet, ist untersagt. Einige Kantone kennen striktere Regeln als der Bund. In 15 Kantonen ist Plakatwerbung für Tabakprodukte verboten. In zehn Kantonen dürfen keine Zigaretten an Minderjährige verkauft werden, in weiteren zwölf Kantonen gilt das Abgabalter 16 Jahre. In der Schweiz sterben jedes Jahr rund 9500 Personen an den Folgen des Tabakkonsums. SDA

Nachrichten

Sechs Prozent weniger Asylgesuche

Bern. Im November sind 1963 Asylgesuche eingereicht worden – sechs Prozent weniger als im Oktober und 66 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Im ganzen Jahr dürfte es weniger als 30000 Asylgesuche geben, unter anderem wegen der Schliessung der Balkanroute. Seit Jahresbeginn wurden 25441 Asylgesuche eingereicht, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) mitteilte. Das SEM erledigte im November 2749 Asylgesuche in erster Instanz. Dabei wurden 758 Nichterkenntentsentscheide gefällt, 474 Menschen erhielten Asyl und 678 Menschen wurden vorläufig aufgenommen. SDA

Transparenz über Spitalfinanzierung

Bern. Das Parlament will wissen, welche Kantone ihre Spitäler in welchem Ausmass auf wettbewerbsverzerrende Weise subventionieren. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende Motion der ständerätlichen Gesundheitskommission angenommen. Die Motion verlangt, dass der Bundesrat aufzeigt, welche Kantone ihre Spitäler direkt oder indirekt subventionieren. Nach Meinung des Nationalrats soll die Analyse prospektiv für die kommenden Jahre erfolgen – nicht wie der Ständerat rückblickend. SDA

Besserer Schutz vor gefährlichen Strahlen

Bern. Starke Laserpointer sollen verboten werden, der Einsatz von Solarien und gewissen Kosmetikgeräten besser geregelt. Der Nationalrat hat ein neues Gesetz zum Schutz vor sogenannten nicht-ionisierenden Strahlungen und Schall gutgeheissen. Mehrere Redner warnten vor möglichen Gesundheitsschäden, wenn Personen mit starken Lasern geblendet oder Geräte unsachgemäss angewendet würden. SDA

Tages-Anzeiger verstärkt Kooperation

Zürich. Die *Süddeutsche Zeitung* und der *Tages-Anzeiger*, *Der Bund* und die *Sonntagzeitung* verstärken ihre Zusammenarbeit. Ab 2017 verfügen die Redaktionen über ein gemeinsames globales Korrespondentennetz. Der *Tages-Anzeiger* bringe seine Korrespondenten ein und kaufe sich zusätzlich in das Netz der *Süddeutschen Zeitung* ein, heisst es in einer Mitteilung. Entlassungen hat die Zusammenlegung keine zur Folge, wie ein Tamediasprecher der SDA sagte. SDA

Mehr Geld bei Pflege zu Hause

Nationalrat will höhere Beiträge

Bern. Familien, die ihr schwerkrankes oder schwerbehindertes Kind zu Hause pflegen, sollen mehr Geld erhalten. Der Nationalrat hat gestern einen Vorschlag seiner Gesundheitskommission mit 186 zu zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen gutgeheissen. Heute erhalten betroffene Familien einen monatlichen Intensivpflegezuschlag (IPZ) zwischen 470 und 1410 Franken. Dieser soll erhöht werden. Je nach Pflegebedarf sollen Familien künftig zwischen 940 und 2350 Franken bekommen. Mehrere Redner verwiesen auf die Belastung betroffener Eltern, die sich manchmal 24 Stunden am Tag um ihre pflegebedürftigen Kinder kümmern. Die Erhöhung führe zwar zu Mehrkosten. Noch teurer werde es aber, wenn Eltern die Pflegearbeit nicht mehr leisten könnten und Kinder in Heimen platziert werden.

Der Nationalrat beschloss zudem, dass der IPZ nicht vom zusätzlichen Assistenzbeitrag abgezogen werden soll. Ansonsten würden jene Familien von zusätzlichen Mitteln ausgeschlossen, die sie am nötigsten hätten, sagte Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH). Die Vorlage geht nun an den Ständerat. SDA

Die Wachtablösung



Kontinuität im Wechsel. Nach 100 Monaten an der Armeespitze hat Korpskommandant André Blattmann (l.) gestern in Murten das Kommando über die Armee seinem Nachfolger, Divisionär Philippe Rebord (r.), übergeben. Rebord wird sein Amt am 1. Januar 2017 antreten. Die Wachtablösung bedeute einen Wechsel der Männer, aber Kontinuität in der Organisation, im Dispositiv und der Mission, sagte Verteidigungsminister Guy Parmelin (M.). Rebord rief zur Zusammenarbeit auf. «Wir müssen weiterhin gemeinsam vorgehen. Wir müssen bezüglich der Weiterentwicklung der Armee den Kurs halten.» SDA Foto Keystone

ANZEIGE

Wochenend-Knaller!

Gültig am Freitag + Samstag

20%
auf alle Biere* –
auch auf bestehende Aktionspreise!

* nicht mit anderen Gutscheinen und Bons kumulierbar. Solange Vorrat.



Rindsentrecôte Black Angus

Brasilien/Uruguay,
ca. 800 g,
per 100 g



3.99
statt 7.98*



Chesterfield Limited Edition

Orange/Original/White/Naked Leaf
Box, 10 x 20 Zigaretten

Auch als Einzelpackung erhältlich!
6.90 statt 7.40*

5.-
sparen



69.-
statt 74.-*

*Konkurrenzvergleich

Aktionen gültig am Freitag, 9. und Samstag, 10. Dezember 2016 / solange Vorrat / Druck- und Satzfehler vorbehalten / jetzt abonnieren: www.denner.ch/newsletter

Einer für alle **DENNER**